



Industrie- und Handelskammer  
Halle-Dessau

## **Vollversammlung am 23. März 2016**

### **TOP 2 - Bericht der Präsidentin**

#### **Landtagswahl Sachsen-Anhalt: Wir werden uns aktiv für Stabilität einsetzen müssen!**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vor zehn Tagen hat Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag gewählt. Das Ergebnis hat innerhalb und außerhalb unseres Landes für Aufregung gesorgt.

Ich stelle deshalb meinen heutigen Bericht unter die Überschrift „Stabilität für die Wirtschaft ist Stabilität für unser Land“. Denn für stabile Rahmenbedingungen haben wir als IHK vor der Wahl geworben – in unserem wirtschaftspolitischen Positionspapier wie auch in unserem Diskussionsforum mit den Spitzenkandidaten genau hier in diesem Saal. Jetzt werden wir uns weiter für Stabilität einsetzen – ja, einsetzen müssen!

Politische Stabilität ohne längeren Stillstand einzufordern, war noch in der Wahnacht unsere Botschaft. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als würden die Parteien in Magdeburg tatsächlich liefern: CDU, SPD und Grüne haben inzwischen die Weichen für eine Dreierkoalition gestellt.

Ob dabei aber auch ein Regierungsprogramm herauskommt, das für wirtschaftspolitische Stabilität sorgt, ist fraglich. Koalition heißt Kompromiss, und Kompromiss heißt manchmal: Kröten schlucken. Das haben wir schon bei der Großen Koalition bisweilen leidvoll erfahren müssen.

Es wird also darauf ankommen, die Landespolitik weiterhin kritisch-konstruktiv zu begleiten. Das Positionspapier, das die Vollversammlung im vergangenen Jahr beschlossen hat, bietet weiterhin einen exzellenten Fundus für diese Diskussion. Wir werden hier zudem den Schulterschluss mit den drei anderen gewerblichen Kammern im Land suchen.

Unstrittig ist: Unser Land braucht Wachstum. Und Wachstum braucht Investitionen. Wir werben deshalb für eine Investitionsinitiative 2020. Wirkung entfalten allerdings kann diese Offensive nur, wenn es gelingt, der Landesregierung deutlich zu machen, dass sie insbesondere den Kommunen hilfreich zur Seite stehen muss: Sie muss den Kommunen helfen, den finanziellen Spielraum für Investitionen in die regionale Infrastruktur zu gewinnen. Denn das zieht private Investoren nach und zahlt sich aus.

Denn allen Unkenrufen der letzten Tage zum Trotz: Dieser Standort war bisher für Investoren attraktiv, wir brauchen noch mehr davon! Zuletzt hielt Sachsen-Anhalt den ostdeutschen Spitzenplatz bei den ausländischen Direktinvestitionen. Die IHK wird sich energisch dafür einsetzen, dass es so bleibt.

Dabei ist auch das Landesimage ein wichtiger Standortfaktor. Wir haben in der Vergangenheit hart dafür gearbeitet, dass Sachsen-Anhalt auch und insbesondere für Wissenschaft und Kultur, für Weltoffenheit und Vielfalt steht. Wir brauchen auch hier Stabilität.

Wir werden dafür jenen Weg beschreiten, der sich im Diskurs mit der Politik – zum Beispiel in unserem Wahlforum – bewährt hat: Wir werden Fragen stellen und die Antworten kritisch beleuchten: Sind sie nützlich für den Wirtschaftsstandort oder schaden sie diesem sogar? Komplexe Probleme brauchen durchdachte Lösungen, keine einfachen Parolen.

Meine Damen und Herren, die IHK hält sich aus parteipolitischen Grabenkämpfen zwischen links und rechts aus guten Gründen heraus. Wo allerdings Grenzen überschritten werden, werden wir uns zu Wort melden. Eine unverrückbare Grenze ist die der Menschenwürde: Für fremdenfeindliche oder gar rassistische Äußerungen etwa darf in unserem Land kein Raum sein. Dagegen werden wir unsere Stimme erheben – unmissverständlich.

### **Konjunkturbericht Sachsen-Anhalt 2015: Stabilisierte Konjunktur dank begünstigender Sonderfaktoren!**

Denn wenn das Wahlergebnis eines gezeigt hat, dann dies: Es wäre fatal, wenn unser Land nicht aufholt, sondern zurückfiel. Die Ausgangslage ist gut: Die gemeinsame Konjunkturumfrage beider Industrie- und Handelskammern in Sachsen-Anhalt hat es gezeigt. Die Wirtschaftsleistung stabilisierte sich im Jahr 2015. Der Geschäftsklimaindex stieg im vergangenen Jahr deutlich an und erreichte zum Jahresende einen Wert von mehr als 20 Prozentpunkten. Das ist deutlich positiv und ein Grund zur Freude! Zum Vergleich: Ende 2014 war der Wert nicht einmal halb so hoch.

Insbesondere die Geschäftslage wurde jüngst so positiv bewertet wie schon lange nicht mehr. Anders bei den Geschäftserwartungen; hier zeigt sich deutliche Skepsis.

Und angesichts dieser Skepsis wird deutlich, wie wichtig Stabilität ist. Die Skepsis ist verständlich angesichts vieler Fragen - zum Beispiel: Werden die vielen Sondereffekte weiter wirken, die die aktuelle Aufwärtsbewegung begünstigt hatten?

- der Verfall des Ölpreises,
- die Abwertung des Euro zum Dollar,
- die niedrigen Zinsen,
- die stabile Beschäftigung?
- die verbesserten Einkommensverhältnisse?

Natürlich kann eine Landesregierung nicht alles beeinflussen. Das konnte keine gewesen, und die kommende wird dies ebenfalls nicht können. Aber sie wird ihren Teil dazu beitragen müssen, damit der Standort attraktiv ist, die Konjunktur stabil bleibt und mehr Wachstum möglich wird.

## **Digitale Agenda: Sachsen-Anhalt darf den Anschluss nicht verlieren!**

Neben den schon angesprochenen kommunalen Investitionen werden wir auch eine „Digitale Agenda“ brauchen. Denn Sachsen-Anhalt darf technologisch den Anschluss nicht verlieren.

Die IHK Halle-Dessau hat deshalb den sogenannten Digitalen Thesenanschlag der Landesregierung im Herbst vergangenen Jahres im Grundsatz ausdrücklich begrüßt. Die vier gewerblichen Kammern haben dazu eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet und fordern: Eine „digitale Agenda“ für Sachsen-Anhalt muss rasch verabschiedet und dann schnellstmöglich umgesetzt werden.

- Wichtigste Aufgabe bleibt dabei der zügige flächendeckende Breitbandausbau. Die bis 2018 landesweit angestrebten 50 Mbit/s können nur ein Etappenziel sein, denn die technische und technologische Entwicklung bleibt ja nicht stehen.

Weitere Stichworte für eine solche Digitale Agenda sind aus Sicht der Kammern:

- die Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Wirtschaft 4.0“ zur Unterstützung von KMU bei der verstärkten Digitalisierung ihrer Geschäftsprozesse,
- eGovernment auf Landes- und kommunaler Ebene,
- mehr IT-Sicherheit
- und nicht zuletzt eine stärkere Verankerung von IT-Themen in Schulen und in der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

## **Bundesverkehrswegeplan 2030: Entwurf mit viel Licht und kaum Schatten für den IHK-Bezirk!**

Wie lohnenswert es ist, sich engagiert für eine bessere Infrastruktur hierzulande einzusetzen, zeigt das Beispiel des neuen Bundesverkehrswegeplans. In dieser Planung steckt der Bund den Rahmen für seine Verkehrsinvestitionen bis ins Jahr 2030 ab. Schon für den Herbst 2015 war der Entwurf angekündigt, am vergangenen Mittwoch wurde er schließlich veröffentlicht – nach den drei Landtagswahlen.

Bereits im September 2013 hatte unsere Vollversammlung dazu einen Projektkatalog für unseren IHK-Bezirk beschlossen. Einen besonderen Schwerpunkt haben wir damals auf die bedarfsgerechte Instandhaltung der vorhandenen Infrastruktur gelegt. Wir haben gefordert – und mit konkreten Projekten unterlegt – das Netz zu ergänzen und vorhandene Engpässe zu beseitigen.

Diesen Katalog haben wir in den vergangenen zweieinhalb Jahren intensiv mit den Verkehrspolitikern in Magdeburg und in Berlin diskutiert. Und wir haben das Thema im Sommer 2014 zum Schwerpunkt eines gemeinsamen parlamentarischen Abends der ostdeutschen IHK in Berlin gemacht.

Eine erste Bewertung des nun vorliegenden Entwurfs zeigt: Unser Einsatz hat sich bis jetzt gelohnt!

Bis 2030 will der Bund in unserem IHK-Bezirk rund 1,5 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Mehr als 90 Prozent unserer damaligen Projektvorschläge sind in diesen Entwurf eingegangen. Sogar der umstrittene Neubau eines Saale-Seitenkanals steht zumindest im „Weiteren Bedarf“.

Damit bleibt die Saale vorerst Bundeswasserstraße und der Weiterbetrieb der Schleusen ist gesichert.

Als einziges überregionales Projekt fand die Weiterführung der A 71 von Sangerhausen bis Bernburg bis jetzt keine Berücksichtigung.

Spannend dürfte es jetzt bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen werden, wenn CDU, SPD und Grüne zum Beispiel eine gemeinsame Position zur Verlängerung der A 14, zur Fertigstellung der A 143 und zur Ertüchtigung von Elbe und Saale finden müssen ...

Was den Bundesverkehrswegeplan 2030 betrifft, können wir bis zum 2. Mai Zeit eine Stellungnahme zu diesem Entwurf abgeben. Wir werden die Planung in unserem Verkehrsausschuss beraten und uns dann auch noch intensiv mit den IHK-Kollegen in Magdeburg und mit dem Verkehrsministerium abstimmen.

Natürlich werden wir Sie dazu weiter auf dem Laufenden halten.

### **EU-Ukraine Freihandelsabkommen: Seit 1. Januar 2016 in Kraft!**

Es ist eigentlich eine Binsenweisheit: Ohne günstige Verkehrsanbindung oder eine stabile technische Infrastruktur sind heute viele Geschäftsmodelle nicht tragfähig. Dies gilt zumal im internationalen Geschäft: Wer die Chancen auf diesen Märkten nutzen will, muss schnell reagieren und liefern können.

Wir sachsen-anhaltischen Unternehmer könnten davon profitieren, dass die EU inzwischen mit mehr als 30 Staaten Freihandelsverträge geschlossen hat. Mit zahlreichen weiteren Ländern hat sie Wirtschaftspartnerabkommen vereinbart, so beispielsweise zuletzt mit Vietnam – als bislang erst drittes asiatisches Land.

Besonders weitreichend und umfassend ist indes das europäische Freihandelsabkommen mit der Ukraine. Seit 1. Januar dieses Jahres ist es als Kern des Assoziierungsabkommens zwischen beiden Regionen in Kraft. Bemerkenswert: Im Gegensatz zu TTIP ist hier trotz der teilweise weitreichenden Regelungen der öffentliche Protest ausgeblieben – ein Fingerzeig, dass es bei der TTIP-Kritik wohl nicht immer nur um die Sache selbst geht ...

In den Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine sind die Zollbeschränkungen nun vollständig aufgehoben, und die Ansiedlung von Unternehmen dort wird erleichtert.

Hier dürfte allerdings kein schneller geschäftlicher Erfolg möglich sein: Es wird für die Ukraine nicht einfach werden, die europäischen Standards zu erreichen, um mit Waren aus der EU konkurrieren zu können. Viele Reformen werden nötig sein, bevor das Land vollständig in den Binnenmarkt eingebunden werden kann.

Problematisch auch: In Moskau betrachtet man diese Hinwendung der Ukraine Richtung Westen als neuerlichen Affront.

### **Duale Berufsausbildung 1: TOP-Ausbildungsbetrieb!**

Aber wie auch immer sich die Außenwirtschaft entwickelt, Fakt ist: Ohne genügend qualifizierte und motivierte Mitarbeiter wird niemand eine geschäftliche Chance in stabilen unternehmerischen Erfolg verwandeln können. Das gilt im Ausland wie im Inland. Die IHK setzt sich deshalb energisch dafür ein, dass die duale Berufsausbildung – und damit der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt – gestärkt wird.

Erstens: Mit dem Titel „Top-Ausbildungsbetrieb“ rücken wir schon seit fünf Jahren die duale Berufsausbildung in den Fokus. Positive Beispiele bringen Aufmerksamkeit. Wir würdigen also Vorzeigeunternehmen, die seit Jahren engagiert und erfolgreich ausbilden und mit dieser Leistung um Jugendliche werben.

Für ihre hervorragende Ausbildungsqualität konnten wir Ende letzten Jahres 14 Unternehmen mit dem Titel „Top-Ausbildungsbetrieb“ auszeichnen. An dieser Stelle möchte ich einmal ausdrücklich den wieder vorbildlichen Einsatz der Jurymitglieder hervorheben: Herr Prof. Köhli und Frau Hiller, wir alle schulden Ihnen mindestens ein herzliches Dankeschön!

### **Duale Berufsausbildung 2: Jobmesse „Chance“!**

Zweitens: Wir suchen den Kontakt mit den jugendlichen Interessenten, und zwar in deren Sprache. Das ist Fachkräftesicherung auf Augenhöhe. Wir nutzen dafür eine etablierte Plattform: die Bildungs-, Job- und Gründermesse „Chance“ mit 230 Ausstellern und rund 10.000 Besuchern. Die Messe ist mittlerweile im Grunde für alle Pflicht, die sich in unserer Region für Aus- und Weiterbildung, Berufsorientierung, Studium, Existenzgründung und Selbstständigkeit interessieren.

Die IHK hat wieder ihre eigenen Auszubildenden eingesetzt, um Schülerinnen und Schüler zur dualen Berufsausbildung zu informieren – aber auch um ihnen zuzuhören: Sie haben einen Fragebogen zu Wünschen, Erwartungen und Interessen vor dem Sprung ins Berufsleben erstellt. 162 junge Messebesucher haben geantwortet.

Die Ergebnisse spiegeln ein Stimmungsbild, das Mut macht: Die Berufsausbildung ist für immerhin die Hälfte der jungen Befragten die erste Wahl nach dem Schulabschluss. Und wir erfahren mehr über die sogenannte Generation Z. Für acht von zehn Jugendlichen ist der Spaß an der Arbeit wichtiger als die „Kohle“, die sie als Azubis erhalten. Und eine solide Ausbildung in der Heimat ist der Mehrheit wichtiger als der Traumjob in der Ferne.

### **Duale Berufsausbildung 3: Studienzweifler gewinnen!**

Drittens kümmern wir uns um Studienabbrecher, bevor sie welche werden. Die Idee: Studierende, die ernste Zweifel an der akademischen Ausbildung bekommen, informieren wir frühzeitig über die Chancen der dualen Berufsausbildung und über Aufstiegsfortbildungen. Und wo tun wir das? Direkt an der Universität! Mit diesem Konzept gelang es, keinen Geringeren als Prof. Willingmann zu überzeugen, den Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz!

Im letzten Jahr beim Sachsen-Anhalt-Forum beschlossen, jetzt Realität: Die Beratung von „Studienzweiflern“ hat bereits begonnen – praktisch in der Höhle des Löwen: in den Räumen der Allgemeinen Studienberatung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Jeden zweiten Dienstag im Monat zeigen unsere IHK-Aus- und Weiterbildungsberater nun Alternativen zum Studium auf, stellen mögliche Berufe und Ausbildungsbetriebe vor.

Die ersten beiden Veranstaltungen waren gut besucht. Die IHK wird ihre Öffentlichkeitsarbeit dazu verstetigen, der Beratungstermin soll zu einer festen Größe werden.

### **Insolvenzanfechtung: Was gibt es Neues?!**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort gehören aber nicht nur gut ausgebildete Fachkräfte, Chancen, Investitionen, Infrastruktur oder eine positive Außenwirkung. Ohne ein verlässliches Rechtssystem fehlt der stabilisierende Rahmen.

Gestatten Sie mir deshalb, Sie zu zwei wichtigen juristischen Themen auf den neuesten Stand zu bringen:

Zum einen beim Thema Insolvenzanfechtung: Wie Sie wissen, könnte ein zielgerichtetes Gesetz dabei helfen, die derzeit bestehende Rechtsunsicherheit und erhebliche wirtschaftliche Risiken abzubauen.

Ich hatte Ihnen zuletzt berichtet, dass der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung die angestrebten Ziele aus unserer Sicht nicht erreicht. Der Heringsdorfer Kreis hat das Thema deshalb abermals diskutiert. Anschließend hat die Landesarbeitsgemeinschaft der sachsen-anhaltischen IHKn die hiesigen Bundestagsabgeordneten angeschrieben.

Sie finden den Brief nebst seiner Anlage in Ihrer Sitzungsmappe.

Zwei Abgeordnete haben geantwortet Frau Brehmer von der CDU und Herr Dr. Diaby von der SPD. Im Grundsatz unterstützen sie das Anliegen der Wirtschaft. Aber sie verweisen auf die Diskussion der Fachleute in den entsprechenden Gremien. Inzwischen haben eine erste Beratung im Bundestag und eine Expertenanhörung im Rechtsausschuss des Bundestages stattgefunden.

Weitere Beratungen werden folgen. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

### **Immobilienvermittlung: Neues Berufsrecht und neue IHK-Aufgabe!**

Zum anderen möchte ich Ihr Augenmerk auf neue Regelungen für gewerbliche Finanzdienstleister richten. Seit einigen Jahren wird das Berufsrecht in dieser Branche grundlegend umgestaltet. Nun sind die Vermittler von Immobiliendarlehen an der Reihe.

Seit vorgestern, dem 21. März 2016, brauchen sie für ihre Tätigkeit eine besondere Erlaubnis. Dafür ist unter anderem ein Sachkundenachweis zu erbringen. Außerdem müssen sie in ein spezielles Register eingetragen werden.

Bundeseinheitlich ist geregelt, dass die Zuständigkeit für die Sachkundeprüfung und die Registerführung bei den IHKn liegt. In einem späteren Tagesordnungspunkt werden wir uns mit einem Gebührentarif für die Registerführung als neuer hoheitlicher Aufgabe befassen.

Die Erlaubnishoheit indes ist Ländersache und wird deshalb uneinheitlich aussehen. In Sachsen-Anhalt ist noch nicht endgültig entschieden, wer die dafür zuständige Behörde sein wird, sodass eine Übergangsregelung nötig ist.

Danach werden zunächst die Landkreise und kreisfreien Städte mit der Erlaubniserteilung betraut. Mit der endgültigen Festlegung ist frühestens im kommenden Herbst zu rechnen. Voraussichtlich werden Landkreise und kreisfreien Städte weiter zuständig bleiben.

Die IHK hat sich intensiv – und erfolgreich – dafür eingesetzt, dass die Zuständigkeiten nicht weiter zersplittern. Wir haben außerdem dafür gekämpft, dass die Rechtslage insbesondere in der Übergangszeit klar bleibt. Außerdem ist die IHK auch gegenüber den potenziellen Erlaubnisbehörden aktiv geworden. Wir haben auf drängende praxisrelevante Probleme im Verwaltungsablauf hingewiesen und dafür gesorgt, dass sie geklärt werden.

### **„Unternehmer machen Schule“: Ein guter Anfang ist gemacht!**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schließen möchte ich meinen Bericht mit einer Ermutigung. Wir stellen seit Jahren fest, dass das öffentliche Ansehen von uns Unternehmern schwindet. Unsere Reputation ist leider nicht stabil. Wir haben diesem Thema bereits einen wichtigen Teil unseres Neujahrsempfangs in Leuna gewidmet.

Die gute Nachricht ist nun: Es lohnt sich nachweisbar, wenn wir etwas aktiv gegen diesen Vertrauensverlust unternehmen. Unser Pilotprojekt „Unternehmer machen Schule“ endete im Februar mit einem überwältigenden Erfolg: begeisterte Schülerinnen und Schüler, reicher Erkenntnisgewinn und eine positive Einschätzung auch von den beteiligten Erwachsenen: Jeder einzelne – egal ob Schuldirektor, Lehrer oder Unternehmer – ist dafür, aus dem Pilotprojekt eine feste Instanz werden zu lassen.

Hier einige Eckdaten zu diesem Pilotprojekt: Zwölf Unternehmer haben in vier halleschen Schulen in insgesamt 16 Klassen der Stufen acht bis zwölf den Schülern einen tiefen Einblick in das Unternehmer(da)sein gewährt. Auch zwei Vollversammlungsmitglieder waren dabei: Frau Dr. Quade und Herr Vizepräsident Münch – von Herzen Dank für Ihr Engagement!

Miteinander sprechen wirkt: Die Schüler wurden vor und nach den Schulstunden befragt, wie und was sie über Unternehmer denken. Wir sehen die üblichen Klischees: dicke Autos, Markenklamotten ... Aber nach dem „Unterricht“ hat sich bei den Schülern das Unternehmerbild spürbar verbessert.

Sie finden einen kurzen Projektbericht in Ihren Unterlagen.

Lassen Sie uns diesen Weg weiter gehen! Nutzen wir die Erfahrungen, entwickeln wir das Projekt weiter und dehnen wir es für ganz Halle (Saale) und den Saalekreis aus.

Ich werbe dafür, dass noch mehr Unternehmerinnen und Unternehmer sich aktiv einbringen. Die Rechnung ist einfach: Für eine zweite Stufe brauchen wir schätzungsweise 60 Unternehmer, die mitmachen. Die zwölf aus dem Pilotprojekt sind wieder dabei, zehn weitere – auch aus Ihrem Kreis – haben schon ihre Bereitschaft signalisiert. Fehlen also nur noch 38 ...

Sie sehen, wir alle werden uns engagiert für unseren Standort und stabile Verhältnisse in den nächsten Monat aktiv einsetzen müssen. Gehen wir es an! Oder um es mit dem früheren amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt zu sagen: „Das einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.